

Haushalt 2015
Stellungnahme der **SPD**-Fraktion
Dr. Hans-Peter Rathjens

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin, meine Damen und Herren,

heute hat die Stadtverordnetenversammlung über die Annahme bzw. Ablehnung des Haushaltsentwurfs 2015, die mittelfristige Investitions- und Finanzplanung sowie die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes für die Jahre 2015 bis 2018 zu entscheiden. Naturgemäß ist dies immer Anlass, sich etwas tiefergehender mit politischen Fragen auseinanderzusetzen und über den politischen Tagesrand zu blicken. Auch ich möchte diese Gelegenheit nutzen, einige grundsätzliche Anmerkungen zu machen.

Herr Welker hat seitens der Piraten kürzlich vorgeschlagen, gänzlich auf die Verabschiedung eines Haushalts zu verzichten. Der Öffentlichkeit und der Politik solle so deutlich gemacht werden, in welcher finanziell prekären Lage die Städte und Gemeinden sich befinden und wo die Ursachen dafür liegen.

Meine Damen und Herren, die Verabschiedung eines Haushalts können wir nicht verweigern. Auch wenn die Umstände sich als noch so schwierig darstellen, ist es Aufgabe der Stadtverordneten, Politik unter gegebenen Rahmenbedingungen zu gestalten. Sofern Herr Welke zum Bürgermeister gewählt worden wäre, hätte er sich sicherlich nicht gesperrt – ja auch gar nicht sperren können -, einen zustimmungsfähigen Haushalt vorzulegen. Alles andere wäre eine krasse Form der Politikverweigerung!

In einem Punkt möchte ich Herrn Welker aber ausdrücklich Recht geben! Die finanzielle Lage der Gemeinden ist prekär. Sie ist deshalb prekär, weil das verfassungsrechtlich verankerte Konnexitätsprinzip grob missachtet wird, den Gemeinden und Städten immer mehr Aufgaben auferlegt werden und ihnen eine auskömmliche Finanzausstattung verweigert wird.

In diesem Zusammenhang passen m.E. gut zwei Zitate, die auf dramatische Weise die Diskrepanz zwischen politischem Wunsch und politischer Realität deutlich machen:

1. Zitat:

„Wie in jedem privaten Haushalt muss auch der Staat mit dem Geld der Steuerzahler solide umgehen. Für uns heißt das: ausgeben, was erwirtschaftet wurde und nicht immer neue Steuern erheben. Es gilt, die Verwaltung zu straffen und nicht dem Bürger immer tiefer in die Tasche zu greifen“.

2. Zitat:

„Zur Erreichung des gesetzlichen Haushaltsausgleiches im Jahre 2017 haben die Kommunen einen Konsolidierungskorridor von 40 Euro (Mindestabbaubetrag) bis zu 75 Euro je Einwohner und Jahr einzuhalten.

Der Haushalt einer defizitären Kommune ist grundsätzlich nicht genehmigungsfähig, wenn der Hebesatz der Grundsteuer B nicht mindestens 10% über dem Landesdurchschnitt in der jeweiligen Gemeindegrößenklasse liegt“.

Das erste Zitat stammt aus dem Wahlprogramm der CDU mit der Überschrift „Gemeinsam auf den Weg – Ideen für die Zukunft Hessens - Zukunftsprogramm der CDU Hessen 2014 – 2019“.

Das zweite Zitat stammt aus dem Finanzerlass des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport mit dem Datum 29. Oktober 2014. Dieser Erlass ist die Aufforderung an die Kommunen so lange die Grundsteuer B Steuern zu erhöhen, bis die Haushalte ausgeglichen sind. Der Innenminister heisst Peter Beuth und ist Mitglied der CDU.

Herr Beuth hat mit Datum 13. März 2014 Folgendes auf der Internetseite angekündigt – und zwar unter der Überschrift „Reduzierung von kommunalen Haushaltsdefiziten bedeutet Generationengerechtigkeit“:

„Künftig gilt für die Genehmigung von kommunalen Haushalten:

- Haushaltssicherungskonzepte werden nur akzeptiert, wenn sie realistische Einsparmaßnahmen für den zeitnahen Haushaltsausgleich benennen*

-

- *Bestehende Rückstände bei der Aufstellung von Eröffnungsbilanzen und bei Jahresabschlüssen müssen beseitigt werden*
- *Defizitäre Kommunen müssen u.a.:*
- *Kostendeckende Gebühren für Wasser, Abwasser, Abfall und Straßenreinigung sowie Straßenbeiträge erheben sowie*
- *sich bei den Steuerhebesätzen an den Durchschnittswerten der Gemeindegrößenklassen orientieren“.*

Krasser und eklatanter, meine Damen und Herren, kann der Widerspruch zwischen Wahlprogramm und Realität doch gar nicht mehr sein. Innerhalb eines Jahres wird genau das Gegenteil gemacht, was vorher den Bürgerinnen und Bürgern versprochen wurde. Und Herr Scholz, bevor Sie heute den Rosbacher Haushalt ablehnen, erzählen Sie uns bitte nicht, dass die Grünen mit alledem nichts zu tun haben. Ihre Partei ist Koalitionspartner in Wiesbaden und hat maßgebenden Einfluss auf Wirtschafts- und Finanzpolitik in Hessen und damit auf die Finanzausstattung der Kommunen.

In einem Punkt herrscht sicherlich Einigkeit zwischen uns allen, und hier darf ich nochmals aus einem Wahlprogramm zitieren:

„Steuerhinterziehung ist kriminell und fügt unserem Gemeinwesen schweren Schaden zu. Hinterzogene Steuern fehlen dem Staat für den Bau von Straßen, die Sanierung von Schulen, Kindergärten, die Polizei und gehen damit zu Lasten aller Bürger. Wir werden Steuerhinterziehung weiter entschlossen bekämpfen und Steueransprüche auch über die Grenzen der Nationalstaaten hinweg durchsetzen. Wichtigstes Ziel bleibt die Einnahme der Steuern – niemand darf sich entziehen. Wer es dennoch tut, muss die Folgen des Gesetzes zu spüren bekommen.“

Dieses Zitat stammt nicht von den Linken, sondern findet sich im Wahlprogramm der CDU zur Bundestagswahl 2013 wieder. Diesen Passus kann sicherlich jeder von uns unterschreiben. Ich hoffe, dass sich die Vorstandsvorsitzenden deutsche Großunternehmen daran halten. Es nützt wenig, wenn man sich in Sonntagsreden als sozial verantwortliches Unternehmen darstellt und gleichzeitig international agierende Beratungsunternehmen beauftragt, wie am besten die Steuerlast zu verlagern und zu minimieren ist. Noch schlimmer wird es, wenn Politiker zu Komplizen werden. Dies gilt nicht nur für Luxemburg, sondern auch für Belgien und die Niederlande – von der Schweiz und den internationalen Steueroasen ganz zu schweigen.

Nun, meine Damen und Herren, zum Rosbacher Haushaltsentwurf 2015 und der mittelfristigen Investitions- und Finanzplanung sowie dem Haushaltssicherungskonzept. Unabhängig davon, dass wir uns einige Rahmenbedingungen anders wünschen und hier stärkere finanzielle Unterstützung seitens des Landes und des Bundes wünschen, bleibt es bei den nun schon seit mehreren Jahren vertretenen Positionen und Forderungen der SPD-Fraktion:

1. Rückführung der Gesamtverschuldung bei Aufrechterhaltung eines für die Stadtentwicklung und für die Daseinsvorsorge angemessenen Investitionsvolumens
2. Konsolidierung des Gesamtergebnishaushalts
3. Weitentwicklung der Stadt durch die Gewerbegebiete Ost und West
4. Weiterentwicklung der Stadt durch die Baugebiete Sang und Obergärten
5. Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen Kinderbetreuung.

Meine Damen und Herren, die SPD-Fraktion ist sich bewusst und in der Vergangenheit immer dafür eingetreten, dass die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen ein zentrales Ziel der Rosbacher Kommunalpolitik bleibt. Wichtig ist uns, dass der im Zuge von zahlreichen und von uns unterstützten Investitionsprojekten entstandene Schuldenberg in den nächsten Jahren wieder deutlich abgebaut wird. Dieses Ziel haben sich alle im Parlament vertretenen Parteien gesetzt und wir sollten uns auch daran messen lassen, nämlich die Rückführung

der Gesamtverschuldung um gut 8 Mio. € bis Ende 2018. Diese Messlatte gilt natürlich auch für Sie, Herr Alber, denn durch Ihre Ausführungen im Haupt- und Finanzausschuss und die Vorlage der mittelfristigen Finanz- und Investitionsplanung haben Sie sich – und natürlich der Magistrat – hierzu bekannt und diese Ziel als realistisch und umsetzbar eingestuft.

Die Rückführung wird nur gelingen, wenn die Baugebiete und Gewerbegebiete wie geplant erschlossen werden und sich die gesetzten Einnahmeerwartungen erfüllen. Das Schicksalsjahr wird nach dem vorgelegten Investitions- und Finanzierungsprogramm das Jahr 2016 sein. Im Jahr 2015 steigt die Verschuldung nochmals, und zwar von 20,25 Mio. auf knapp 21,00 Mio. – also nochmals um rund 700 Tsd. €. Sollte es Ihnen, Herr Alber, und der Verwaltung gelingen, schon im Jahre 2015 den Trend zu einer höheren Verschuldung umzukehren, so wird die SPD-Fraktion dies mit Respekt und Anerkennung zur Kenntnis nehmen. Sollte die Verschuldung in 2016 nicht deutlich sinken, wird die SPD-Fraktion nicht mit Kritik sparen. Der Haushalt 2014 war noch geprägt von Ihrem Amtsvorgänger – der zweite Haushalt und die folgenden sollten Ihre Handschrift tragen, und Sie stehen in voller Verantwortung.

Trotz des notwendigen Schuldenabbaus darf die Investitionstätigkeit nicht auf null zurückgefahren werden. Der Bau des Feuerwehrgerätehauses sowie die Erweiterung des Fuhrparks schlagen 2015 mit einem Betrag von 1,48 Mio. € zu Buche. Hinzu kommen die Verlagerung des Volleyballfeldes und die Fertigstellung der Gesamtanlage Sportzentrum Rodheim. Aus Sicht der SPD ist auch extrem wichtig, dass die U3-Betreuung in Rodheim aufrechterhalten wird und hierfür 100 Tsd. € im Investitionshaushalt eigestellt wurden.

Eine Daueraufgabe bleibt die Konsolidierung des Gesamtergebnishaushalts. Wir sind diesmal in der glücklichen Lage, weder die Gewerbesteuer noch die Grundsteuer A und B anzuheben. In weiser – vielleicht auch in ein bisschen glücklicher - Voraussicht wurden die Hebesätze schon im letzten Jahr auf jeweils 400% angehoben. Ich bin mir ziemlich sicher, dass sich der Landesdurchschnitt - bezogen auf die jeweilige Gemeindegrößenklasse – in

Richtung Rosbacher Niveau bewegen wird. Der Automatismus ist ja in den Vorgaben des Innenministers angelegt.

Positiv bewerten wir, dass der Ansatz bei der Gewerbesteuer neu gestaltet und ein aus kaufmännischer Sicht vorsichtiger Ansatz gewählt wurde. Dies hätte sicherlich auch bei der Einkommensteuer erfolgen können: Ob im Jahre 2018 die Einkommensteuereinnahmen tatsächlich um knapp ein Drittel höher als in 2013 ausfallen werden – da habe ich doch in Anbetracht von Wachstum und Inflationsentwicklung noch große Zweifel. Und die Einkommensteuer hat das höchste Gewicht bei den Steuereinnahmen.

Positiv bewerten wir auch, dass im Lauf der nächsten Monaten einzelne Produkte durch den Haupt- und Finanzausschuss gründlich unter die Lupe genommen werden. In diesem Punkt, Herr Scholz, sind wir uns völlig einig – die Überprüfung und Adjustierung des Leistungskatalogs einer Stadt ist eine fortlaufende Aufgabe. Die Verwaltung hat hierzu dankenswerter einen Zeit- und Projektplan vorgelegt, den wir in den nächsten Monaten im HaFi abzarbeiten haben. Da liegt noch ein gutes Stück Arbeit vor uns! Nötig wäre sicherlich auch die Überprüfung der Aufbau- und Ablauforganisation der Verwaltung. Der oft vorgebrachte Hinweis, der Bürgermeister sei ein Verwaltungsfachmann und eine Begutachtung durch eine externe Firma damit überflüssig und raus geworfenes Geld, teilen wir nicht. Wenn dies generell zuträfe, wären niemals Firmen pleite gegangen, Weltreiche untergegangen oder Regierungen abgewählt worden. Und keine Fußballmannschaft würde absteigen - an der Spitze standen ja immer Fachleute! Ab und zu ist es auch ganz gut, wenn einmal von außen auf interne Abläufe geschaut wird, um das eigene Tun kritisch zu hinterfragen. Wenn die finanziellen Spielräume wieder etwas größer werden, kann dieses Thema noch einmal aufgegriffen werden.

Die Konsolidierung des Haushalts wird nicht ohne Schmerzen ablaufen. Die Früchte, die niedrig hängen, sind geerntet, und es wird zunehmend schwieriger, weitere Erfolge zu erzielen. Mit Blick nach vorne wird sicherlich die Kinderbetreuung unverändert im Mittelpunkt stehen – sie ist mit 3,1 Mio. die Haushaltsposition mit dem größten Zuschussbedarf. Die

SPD-Fraktion wird sich dafür einsetzen, dass Rosbach nach wie vor eine Spitzenposition in der Wetterau hinsichtlich einer qualitativ hochwertigen Kinderbetreuung einnimmt und die Kinderbetreuungskosten für niedrige Einkommen bezahlbar bleiben. Nach unserer Auffassung sollte in den Kinderbetreuungseinrichtungen weiterhin ein Personalschlüssel angewendet werden, der über dem des KiFöG liegt. Es muss gewährleistet bleiben, dass dem Fachpersonal genügend Zeit bleibt für die Vor- und Nachbereitung der eigentlichen pädagogischen Arbeit, die Abstimmung mit den Eltern und Teamsitzungen. Hierbei sind zwingend die Regelungen nach §26 des Hessischen Kinder- und Jugendhilfegesetzbuches anzuwenden, das ja eine Abstimmung bei den Zeitkontingenten zwischen Stadt und Erziehungsberechtigten vorsieht. Wir begrüßen außerordentlich, dass hier durch diverse Arbeitskreise ein intensiver Dialog zwischen Politik, den Leitungen der Kinderbetreuungseinrichtungen und den Eltern über alle Aspekte der Kinderbetreuung stattfindet. Eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung wird natürlich ihren Preis haben und Gebührenanpassungen werden sich auch in Zukunft nicht vermeiden lassen. Auch dies zu sagen, gehört mit zur politischen Ehrlichkeit.

Meine Damen und Herren, die SPD-Fraktion wird dem Haushaltsentwurf 2015 sowie der mittelfristigen Investitions- und Finanzplanung und der Fortschreibung des Konsolidierungskonzepts zustimmen.